




Parteien stellen die Systemfrage

Wahlprogramme Sozialpolitik. Im September stimmen die Bundesbürger auch über den Kurs in den Sozialversicherungen ab. In der Gesundheitspolitik etwa stellen SPD, Grüne und Linke eine Bürgerversicherung zur Wahl. Das bedeutet zwar mehr Geld im System – mindert aber die Sparanreize. 

Krankenversicherung. Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke gehen offenbar davon aus, dass die bislang privat Versicherten in das gesetzliche System zwangsintegriert werden können. Ziel ist eine Einheits- oder – gefälliger formuliert – Bürgerversicherung. Die mit dem Systemwechsel verbundenen Probleme wären indes immens.

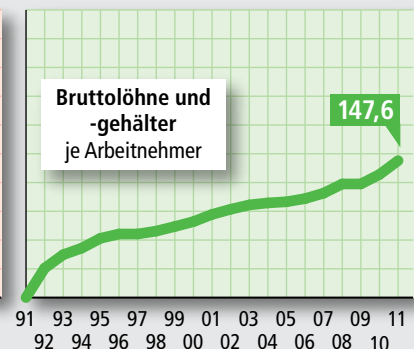
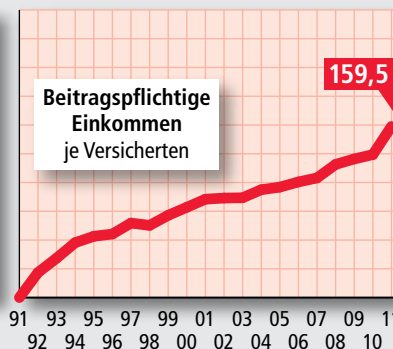
Die Altersrückstellungen der Privaten Krankenversicherung (PKV) gehören der Versichertengemeinschaft – für medizinische Leistungen und Pflege waren das 2011 zusammen mehr als 168 Milliarden Euro. Eine Zurechnung auf einzelne Mitglieder der PKV ist nicht möglich, die individuelle Auszahlung scheidet deshalb aus. Umgekehrt kann der

Kapitalstock aber auch nicht auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) übertragen werden. Das käme einer Enteignung gleich.

Deshalb schlägt die SPD vor, die Bürgerversicherung nur für alle Neuversicherten verpflichtend einzuführen. Den bislang privat Versicherten wird für ein Jahr ein Wechselrecht eingeräumt – in der Hoffnung, dass möglichst viele das nutzen. Geht das Kalkül auf, wäre die PKV rasch am Ende. Dass viele Versicherte das Wechselrecht in Anspruch nehmen, ist aber unwahrscheinlich. →

Gesetzliche Krankenversicherung: Ausgaben laufen aus dem Ruder

Jahr	Ausgaben je Versicherten
1991	100
2011	196,5



Versicherte: Mitglieder und beitragsfrei versicherte Familienangehörige; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Sachverständigenrat Wirtschaft, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 35

Inhalt

Wahlprogramme Umwelt- und Verkehrspolitik. Der Klimaschutz eint nahezu alle Parteien: Bis 2050 wollen die Union, die Sozialdemokraten, die Liberalen und die Grünen den Kohlendioxidausstoß um 95 Prozent verringern; den Schienenverkehr wollen alle Bundestagsparteien ausbauen.
Seite 4-5






Regulierung der Finanzmärkte. Die Neuordnung des Bankensystems durch die Bundesregierung und die EU-Kommission ist fünf Jahre nach der Lehman-Pleite in mancherlei Hinsicht immer noch nicht schlüssig.
Seite 6-7

eTown Award. Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult und Google haben zum zweiten Mal die internetaffinsten Städte für die Postleitzahlgebiete der Bundesrepublik ermittelt.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung: Mehr offene Fragen als Antworten

					
Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)/Private Krankenversicherung (PKV)					
System	• Status quo	• Status quo	• Bürgerversicherung	• Bürgerversicherung	• Bürgerversicherung
Versicherungspflicht	• Abhängig Beschäftigte und Rentner mit beitragspflichtigen Einkommen bis zur Versicherungspflichtgrenze sowie freiwillig Versicherte • Erhalt PKV		• Bisher GKV-Versicherte, Neuversicherte; PKV-Versicherte haben ein Jahr Wechselrecht in die GKV • Auslaufen der PKV-Vollversicherung	• Alle Bürger • Abschaffung PKV-Vollversicherung	• Alle Bürger • Abschaffung PKV-Vollversicherung
Beitragsfinanzierung	• Beitragsfinanzierung, gegebenenfalls Zusatzprämie, Steuerzuschuss für versicherungsfremde Leistungen	• Beitragsfinanzierung, gegebenenfalls Zusatzprämie • Beitragsautonomie der Kassen (Zusatzprämie)	• Einbeziehen weiterer Einkommensarten über höheren Steuerzuschuss; Arbeitgeberbeitrag ohne Beitragsbemessungsgrenze • Beitragssatzautonomie der Kassen	• Beitragspflicht für alle Einkommensarten; Anheben der Beitragsbemessungsgrenzen auf das Niveau der Rentenversicherung • Beitragssatzautonomie der Kassen • Beschränkung der beitragsfreien Mitversicherung Erwachsener auf Erziehende und Pflegenden	• Beitragspflicht für alle Einkommensarten; keine Beitragsbemessungsgrenzen
Sonderbeitrag für Arbeitnehmer	• Weiterhin 0,9 Prozent	• Weiterhin 0,9 Prozent	• Abschaffung (Arbeitgeber-Beitrag steigt um rund 5 Milliarden Euro)	• Abschaffung (Arbeitgeber-Beitragssatz steigt um 0,45 Punkte, Arbeitnehmer-Beitragssatz sinkt um 0,45 Punkte)	• Abschaffung (Arbeitgeber-Beitragssatz steigt um 0,45 Punkte, Arbeitnehmer-Beitragssatz sinkt um 0,45 Punkte) • Abschaffung aller Zuzahlungen
Soziale Pflegeversicherung					
System	• Status quo	• Status quo	• Bürgerversicherung	• Bürgerversicherung	• Öffentliche Daseinsvorsorge
Versicherungspflicht	• Freiwillig und pflichtversicherte Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung		• Siehe Krankenversicherung	• Siehe Krankenversicherung	• Abschaffung der sozialen Pflegeversicherung
Finanzierung	• 2,05 Prozent des beitragspflichtigen Entgelts (z.B. Bruttogehalt oder gesetzliche und betriebliche Renten bis zur Beitragsbemessungsgrenze)		• Beitragssatz plus 0,5 Punkte auf 2,55 Prozent erhöhen	• Siehe Krankenversicherung	• Über den Staatshaushalt (allgemeine Steuermittel)
Leistungsseite	• Überarbeitung des Pflegebegriffs				

Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Bundestagsparteien

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 35

→ Denn entscheidet sich ein privat Versicherter für die gesetzliche Alternative, bleiben seine bis dato gesammelten Altersrückstellungen in der PKV. Das wird alle freuen, die nicht wechseln, für sie wird die PKV billiger. Der Wechsel lohnt sich also nur für jene, die sich unter dem Dach von AOK und Co. günstiger stellen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Kinder und nicht erwerbstätige Ehepartner beitragsfrei mitversichert werden können. Ob sich der

Systemwechsel dann aber rechnet, steht in den Sternen.

Firmen sollen mehr zahlen






Darüber hinaus wollen die drei Oppositionsparteien den Sonderbeitrag für Arbeitnehmer von 0,9 Prozent des Bruttolohns abschaffen. Dann müssten Arbeitgeber zukünftig einen um 0,45 Prozent höheren Beitrag zahlen. Am Ende würden die Lohnzusatzkosten für die Firmen um rund 5 Milliarden Euro steigen.

Schon dieses eine Beispiel zeigt, dass unter dem Strich die Beitragslast lediglich umverteilt wird. Dabei leidet die GKV eigentlich unter einem überproportional starken Ausgabenanstieg (Grafik Seite 1):

Seit 1991 sind die GKV-Ausgaben pro Kopf um 97 Prozent gestiegen – weitaus stärker als die beitragspflichtigen Einkommen.

Doch die Gesetzliche Krankenversicherung wird nicht dadurch effizienter, dass ihre Fehlanreize auf neun

Gesetzliche Rentenversicherung: Vereint in der Fehldiagnose

					
Mindestrente	<ul style="list-style-type: none"> Lebensleistungsrente 		<ul style="list-style-type: none"> Solidarrente 	<ul style="list-style-type: none"> Garantierente 	<ul style="list-style-type: none"> Solidarische Mindestrente
Rentenhöhe	<ul style="list-style-type: none"> 850 Euro/Monat 		<ul style="list-style-type: none"> 850 Euro/Monat 	<ul style="list-style-type: none"> Mindestens 850 Euro/Monat 	<ul style="list-style-type: none"> 1.050 Euro/Monat netto
Voraussetzung	<ul style="list-style-type: none"> 40 Versicherungsjahre (einschließlich Erziehung/Pflege) 		<ul style="list-style-type: none"> 40 Versicherungsjahre (einschließlich Erziehung/Pflege/Arbeitslosigkeit) 	<ul style="list-style-type: none"> 30 Jahre „dem Arbeitsmarkt aktiv zur Verfügung gestanden“, ohne Unterscheidung zwischen Teilzeit und Vollzeit (bis zu 10 Jahre Anrechnung für Erziehung/Pflege) 	
Finanzierung	<ul style="list-style-type: none"> Rücklagen/Beitragsmittel 		<ul style="list-style-type: none"> Steuermittel 	<ul style="list-style-type: none"> Steuermittel 	<ul style="list-style-type: none"> Steuermittel
Betriebliche/Private Vorsorge	<ul style="list-style-type: none"> Teilweise Anrechnung auf 	die Grundsicherung im Alter			
Rente mit 67	<ul style="list-style-type: none"> Schrittweise Anhebung auf 67 Jahre bis 2029 Verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten bei vorgezogenem Rentenbezug 	<ul style="list-style-type: none"> Rente ab 60 mit versicherungsmathematischen Zu- und Abschlägen, Abschaffung von Hinzuverdienstgrenzen 	<ul style="list-style-type: none"> Wenn mindestens „die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt“ ist Abschlagfreie Rente ab 63 Jahren für Personen mit 45 Versicherungsjahren Finanzierung über Beitragsmittel 	<ul style="list-style-type: none"> Abhängig von Beschäftigungsentwicklung und Gesundheitsmanagement in Betrieben „Flexible Übergänge“ finden 	<ul style="list-style-type: none"> Rückkehr zur Rente mit 65 Jahren Abschlagfreie Rente nach 40 Beitragsjahren, „spätestens“ ab 65 Jahren
Rentenniveau	<ul style="list-style-type: none"> Absenken des Rentenniveaus bis 2030 	<ul style="list-style-type: none"> Absenken des Rentenniveaus bis 2030 	<ul style="list-style-type: none"> Konstanz des aktuellen Rentenniveaus bis 2020 Finanzierung über Beitragsmittel 	<ul style="list-style-type: none"> Konstanz des aktuellen Rentenniveaus 	<ul style="list-style-type: none"> Rückkehr auf Rentenniveau vor Riester-Reform (Lebensstandardsicherung)
Kindererziehung	<ul style="list-style-type: none"> Mütterrente: ein zusätzlicher Entgelt-punkt für Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren sind Finanzierung über Rücklagen/Beitragsmittel 		<ul style="list-style-type: none"> Ausdehnung von Berücksichtigungszeiten Finanzierung im Rahmen der Solidarrente aus Steuermitteln 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkere Anrechnung von Kindererziehungszeiten 	<ul style="list-style-type: none"> bis zu 3 Jahre unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes
Versicherungspflicht	<ul style="list-style-type: none"> Altersvorsorgepflicht bislang nicht abgesicherter Selbstständiger bei freier Wahl der Vorsorgeform 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Pflicht für bislang nicht abgesicherte Selbstständige, Zugang zu geförderter Privatvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> „Erwerbstätigenversicherung“ zunächst für bislang nicht abgesicherte Selbstständige, später einschließlich Beamte 	<ul style="list-style-type: none"> „Bürgerversicherung“ einschließlich Selbstständige und Beamte 	<ul style="list-style-type: none"> „Erwerbstätigenversicherung“ (einschließlich Selbstständige und Beamte)

Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Bundestagsparteien

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 35

Millionen bislang privat Versicherte übertragen werden. Vielmehr sinkt dann der Druck für Kassen, Therapeuten und Kliniken, die Versorgung möglichst günstig anzubieten.

Rentenversicherung. Die Linke will zur Sicherung des Lebensstandards im Alter zurückkehren und alle bisherigen Reformen einkassieren. Zudem soll es eine Nettorente von mindestens 1.050 Euro pro Monat geben. Mittelfristig soll die Renten- zu einer Erwerbstätigenversicherung ausge-

baut werden, also auch Beamte und Selbstständige einbeziehen.

Teure Mitnahmeeffekte

Aber auch CDU/CSU, SPD und Grüne geben sich großzügig. Die Bürgerlichen wollen mit der Mütter- und der Lebensleistungsrente vor Altersarmut schützen. Ihre Kernidee: Wer ein Leben lang gearbeitet, überdies zeitweise Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll im Alter eine Versorgung oberhalb der

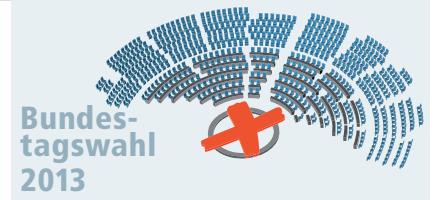
Grundsicherung garantiert bekommen – unabhängig vom Einkommen des Ehepartners und von dem gemeinsamen Vermögen. Den Beitragszahlern drohen damit teure Mitnahmeeffekte.



IW Policy Paper 12/2013

Jochen Pimpertz:
Bürgerversicherung – kein Heilmittel gegen grundlegende Fehlsteuerungen
www.iwkoeln.de/buergerversicherung

Große Koalition der Klimaschützer



Wahlprogramme Umwelt, Energie, Verkehr. Wenn es um den Klimaschutz, die Energiewende und die Mobilität im Lande geht, haben alle Parteien ambitionierte Ziele. Konkrete Vorschläge, wie man das jeweilige Ziel erreichen kann, fehlen allerdings meistens.

Das Thema Klimaschutz eint nahezu alle Parteien. Bis zur Mitte des Jahrhunderts will eine ganz große Koalition aus Union, Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen den Ausstoß von Kohlendioxid um 95 Prozent verringern (Tableau).

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen alle Parteien den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung ausweiten – die Grünen möchten ihn schon bis zum Jahr 2030 auf 100 Prozent erhöhen, die Regierungsparteien streben bis dahin einen Anteil von 50 Prozent an.

Parteiübergreifend sind sich auch alle darin einig, dass Industriebetriebe nur noch dann verbilligten Strom beziehen können, wenn sie im internationalen Wettbewerb stehen. SPD und Grüne stellen zusätzlich die Bedingung, dass die Firmen sparsamer mit Energie umgehen.

Sündenbock gesucht

Sozialdemokraten und Liberale wollen auch die privaten Haushalte entlasten, indem die Stromsteuer gesenkt wird. Das eigentliche Problem ist allerdings die zu hohe EEG-Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Dass das EEG reformiert werden soll, steht zwar in den meisten Wahlprogrammen, auch in dem von SPD und Liberalen. Insbesondere bei den Sozialdemokraten bleibt aber offen, wie die Neugestaltung konkret aussehen soll.

Auch der unlängst veröffentlichte Zehn-Punkte-Plan der SPD ist eher ein Ablenkungsmanöver. Demnach sollen die Versorger gezwungen werden, die Strompreissenkungen an der Börse an die Verbraucher weiterzugeben. Schuld an den hohen Preisen ist jedoch – ähnlich wie beim Sprit – nicht zuletzt die Politik selbst:

Der Strompreis besteht inzwischen zur Hälfte aus staatlichen Abgaben und Kostenbestandteilen wie der EEG-Umlage.

Verbieten, verbieten, verbieten

Uneins sind die Parteien in der Frage, welche Rolle zukünftig konventionelle Kraftwerke – Gas, Kohle, Kernkraft – spielen sollen. Die Linke fordert die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke; und die Grünen wollen die Sicherheitsanforderungen hochschrauben, in der Hoffnung, dass einige Betreiber ihre Anlagen dann schneller vom Netz nehmen müssten.

Außerdem wollen beide Parteien den Ausstieg aus der Kohleverstromung einleiten und die Speicherung von CO₂ unter der Erdoberfläche verbieten. Auch die unkonventionelle Förderung von Erdgas wird abgelehnt. Beim sogenannten Fracking werden Wasser, Sand und Chemikalien unter Druck in tief liegende Gesteinsschichten gepresst, um das darin enthaltene Öl oder Gas zu fördern.

Die Regierungsparteien und die SPD sind hier weniger rigoros – sie

geben ihr Okay zum Fracking, wenn die Risiken geklärt sind.

Mobilität ohne Geld?






Alle Parteien wollen langfristig eine bezahlbare und nachhaltige Mobilität sichern – wie das geschehen soll, sagt jedoch niemand so recht. Dabei sind die Herausforderungen offensichtlich – marode Brücken, kaputte Schleusen und überlastete Bahnknoten sorgen schon heute dafür, dass der Verkehr immer öfter ins Stocken gerät. Denn der Verkehrssektor ist seit langem dramatisch unterfinanziert. Das Bekenntnis, mehr Mittel für die Infrastruktur lockerzumachen, fällt in den Parteiprogrammen allerdings eher vage aus.

Die CDU möchte zwar ein 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für die Fernstraßen auflegen, schweigt sich aber über die Finanzierung aus. Die SPD will 80 Prozent der Mittel für den Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen in ein Sonderprogramm für besonders belastete Trassen umleiten. Damit werden zwar Investitionen priorisiert, aber es fehlt nach wie vor viel Geld.


Vom Schienenverkehr verlangen alle Parteien steigende Marktanteile, Zusagen über notwendige Ausbaumittel machen sie aber nicht. Die Grünen wollen immerhin zusätzlich 1 Milliarde Euro aus den Gewinnen der DB Netz AG in die Infrastruktur investieren.

Generell setzen die meisten Parteien auf mehr Wettbewerb und eine Weiterführung der Bahnreform von 1994. Nur die Linke fällt hier aus dem Rahmen und strebt die Rückkehr zur Behördenbahn an.

Ambitionierte Pläne bei Umwelt, Energie und Verkehr

					
Klimaschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 gemäß Energiekonzept bis 2020 40 Prozent bis 2030 55 Prozent bis 2040 70 Prozent bis 2050 80–95 Prozent • Stärkung des Emissionshandels (Einbeziehung weiterer Länder mit dem Ziel eines weltweiten Handelssystems) 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 gemäß Energiekonzept bis 2020 40 Prozent bis 2030 55 Prozent bis 2040 70 Prozent bis 2050 80–95 Prozent • Emissionshandel ausweiten auf den Verkehrs- und Wärmesektor sowie Verbindung mit anderen Handelssystemen 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaschutzgesetz zur Reduzierung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 40 Prozent bis 2030 60 Prozent bis 2040 80 Prozent bis 2050 95 Prozent • Reaktivierung des Emissionshandels auf EU-Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaschutzgesetz zur Reduzierung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 40 Prozent bis 2030 60 Prozent bis 2040 80 Prozent bis 2050 95 Prozent • Stärkung Emissionshandel (Zertifikatsverknappung, CO₂-Mindestpreis) • Nationaler CO₂-Mindestpreis 	
Energieerzeugung	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung gemäß Energiekonzept bis 2020 35 Prozent bis 2030 50 Prozent bis 2050 80 Prozent • Fracking bei Gewährleistung von Sicherheit für Mensch und Trinkwasser zulassen 	<ul style="list-style-type: none"> • Fracking bei Gewährleistung von Umweltstandards einsetzbar • Erdgasversorgung sichern und verbessern • Reform des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes: Mengenmodelle, um erneuerbare Wärme auf den Markt zu bringen • Kernforschung erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2020 40–45 Prozent bis 2030 75 Prozent • Option zum sichereren Einschluss von Atomkraftwerken streichen • Keine Unterstützung von Exporten von Atomtechnologie • Kein Fracking, bis Risiken geklärt sind 	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2022 50 Prozent bis 2030 100 Prozent • Ausstieg aus der Kohleverstromung • Langfristig „weg vom Öl“ • Sicherheitsanforderungen an AKWs erhöhen; Ausstieg beschleunigen • Keine Unterstützung von AKW-Projekten im Ausland • CO₂-Speicherung verbieten • Fracking verbieten 	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2020 50 Prozent • Sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke; Im- und Export von Atommüll verbieten • Ausstieg aus der Kohlestromversorgung; CO₂-Speicherung verbieten • Fracking verbieten
Zuständigkeiten und Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Europäischen Energie-Binnenmarkt fördern und europäischen Stromverbund ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben, die Energieerzeugung oder -versorgung betreffen, sollen im Bundeswirtschaftsministerium gebündelt werden • EU-Binnenmarkt für erneuerbare Energien stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Energieministeriums • Zusammenführung der Übertragungsnetze in eine Deutsche-Netz-AG 	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung und Verteilernetze verstärkt in öffentlicher Hand • Deutsche Netzgesellschaft mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung • Kompetenzerweiterung des Bundesumweltministeriums 	<ul style="list-style-type: none"> • Strom und Wärmenetze in öffentlicher Hand
Energiekosten	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterhin gezielte Entlastung von Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Strompreisbremse • Geringerer Staatseinfluss auf Strompreise • Senkung der Stromsteuer • Ausnahmen (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Stromsteuer) für energieintensive Unternehmen beibehalten, die im internationalen Wettbewerb stehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Stromsteuer • Energiesteuervergünstigungen nur noch bei Nachweis von Verbrauchsminderungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimawohngeld zur Abfederung sozialer Härten bei privaten Haushalten • Ausnahmeregelungen für Unternehmen nur, wenn internationaler Wettbewerb und Effizienzsteigerungen nachweisbar • Weitergabe von gesunkenen Börsenstrompreisen 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung unberechtigter Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder beim Erneuerbare-Energien-Gesetz • Strompreise stärker überwachen • Strompreismoratorium für Privathaushalte
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> • 25 Milliarden Euro Investitionsprogramm für die Bundesfernstraßen • Wettbewerbsorientierte Eisenbahnregulierung weiter stärken • Bundesverkehrswegeplan zügig fertigstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerb auf der Schiene soll durch eine Teilprivatisierung der Transportparten der Deutschen Bahn gestärkt werden • Stärkere Trennung von Schienennetz und Betrieb • Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals vertraglich absichern 	<ul style="list-style-type: none"> • 80 Prozent der Mittel für Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen für ein Sonderprogramm für hoch belastete Verkehrsachsen einsetzen • Schienenkapazität bis 2030 deutlich ausbauen • Bundesverkehrswegeplan reformieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Aus Gewinnen der DB Netz AG zusätzlich 1 Milliarde Euro pro Jahr in die Schienen investieren • Bundesverkehrswegeplan reformieren und stärker an Umweltgesichtspunkten orientieren; finanzielle Gleichstellung von Straße und Schiene im Bundesverkehrswegeplan 	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzerfinanzierung im öffentlichen Nahverkehr zurückfahren • Bahnreform zurückdrehen • Tempolimit einführen • Einbeziehung von Bürgerräten in die Verkehrswegeplanung

Manches bleibt zu vage

Regulierung der Finanzmärkte. Als die Investmentbank Lehman Brothers 2008 pleiteging, erschütterte dies weltweit das Vertrauen in das Bankensystem. Um solche Krisen künftig zu vermeiden, haben auch die EU-Staaten die Finanzmärkte stärker reguliert. Doch nicht alle Maßnahmen sind konsequent. 

Banken sind eigentlich ganz normale Unternehmen – und doch wieder nicht. Vor allem kann man Geldhäuser, die vor der Insolvenz stehen, nicht einfach dichtmachen. Denn das kann – zumindest bei systemrelevanten Banken – schlimmstenfalls eine Kettenreaktion auslösen, die den Schaden noch vergrößert. Folglich muss eine drohende Pleite frühzeitig erkannt und die finanzielle Basis der betroffenen Bank gestärkt werden. Genau das hat die EU in der globalen Finanzkrise getan (Grafik Seite 7):

Von 2008 bis 2011 stellten die EU-Staaten den Banken insgesamt fast 3,2 Billionen Euro zur Verfügung – vor allem in Form von Garantien und zusätzlichem Eigenkapital.

Um staatliche Finanzhilfen, für die am Ende der Steuerzahler geradestehen muss, künftig möglichst gering zu halten oder ganz zu vermeiden, sind die Finanzmärkte in Europa bereits kräftig umgekremelt und weitere Reformen eingeleitet worden. Allerdings sind viele Maßnahmen noch zu vage oder zu sanft. Die EU führt zwar schärfere Eigenkapitalvorschriften ein, sie beinhalten aber mehr Ausnahmen als im Bankenregelwerk Basel III vorgesehen (vgl. iwd 16/2013). Weitere Regulierungsbereiche im Einzelnen:

- **Bankenaufsicht.** Damit sich eine Finanzkrise wie 2008/2009 nicht wiederholt, haben die Euroländer die Aufsicht über große Banken in die Hände der Europäischen Zentral-

bank (EZB) gelegt. Zwar sind für kleinere Geldhäuser, die nur in einem Euroland tätig sind, weiterhin die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig. Drohen die Probleme jedoch außer Kontrolle zu geraten, darf die EZB die Regie übernehmen.

Darüber hinaus geht es bei der Bankenaufsicht nun vor allem darum, die Stabilität des gesamten Finanzsystems zu sichern. Die Bundesregierung hat dazu Anfang 2013 den Ausschuss für Finanzstabilität gegründet, der aus stimmberechtigten Mitgliedern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, des Bundesfinanzministeriums und der Bundesbank besteht.

Auf internationaler Ebene haben die G20-Staaten bereits im April 2009 das Financial Stability Board ins Leben gerufen; in der EU gibt es seit November 2010 den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken. All diese Institutionen sollen Risiken im Finanzsystem rasch erkennen und Empfehlungen aussprechen. Zwar sind Empfehlungen noch keine fertigen Maßnahmen. Doch prinzipiell steht der EZB als oberster Bankenaufseherin in Europa ein großes Arsenal zur Verfügung – sie darf frühzeitig eingreifen und im schlimmsten Fall einer Bank sogar die Lizenz entziehen. Es bleibt aber abzuwarten, ob die EZB diese Instrumente im Krisenfall auch nutzt.

- **Bankenabwicklung.** Die Insolvenz einer Bank war bislang eine rein nationale Angelegenheit. Das führte zu Rechtsunsicherheiten – im Fall der belgischen Dexia-Bank etwa musste die Europäische Kommission erst die Vereinbarkeit des Rettungs-



plans mit den EU-Beihilfavorschriften prüfen. Das kostete Geld und Zeit. Dabei ist rasches Handeln in Krisenfällen wichtig (Grafik Seite 6):

Ein Blick auf die Eurostaaten zeigt, dass die Finanzkrise gerade in jenen Ländern recht schnell überwunden wurde, die ihre Problembanken konsequent abgewickelt haben – wie Deutschland und Österreich.

Allerdings reichen die Daten über Bankenabwicklungen nur bis 2010 – in vielen Ländern war die Krise aber auch danach noch akut.

Künftig sollen Banken leichter und nach EU-weit einheitlichen Regeln von einer zentralen Behörde abgewickelt werden können. Dazu ist ein „Gemeinsamer Abwicklungs- und Restrukturierungsmechanismus“ geplant. Das Geld dafür soll ein Fonds bereitstellen, den die Banken mit einer Abgabe füllen. Besser wäre es aber, wenn zunächst auf die nationalen Fonds jener Länder zurückgegriffen würde, in denen die betroffene Bank tätig ist. Sonst werden nationale Probleme sofort auf die europäische Ebene verschoben.

- **Gläubigerbeteiligung.** Macht eine Bank Verluste, soll dies künftig nicht mehr zulasten der Steuerzahler gehen. Stattdessen müssen zunächst die Eigentümer geradestehen. Anschließend werden jene Kredite, die die Gläubiger der Bank gewährt haben, in Eigenkapital umgewandelt. Damit werden die Gläubiger zu Eigentümern und müssen weitere Verluste der Bank mittragen.

Diese Art der Gläubigerbeteiligung erfüllt zwei Funktionen: Zum einen werden zum Beispiel die Kosten einer Bankenabwicklung breiter

Was die Bankenkrise kostete

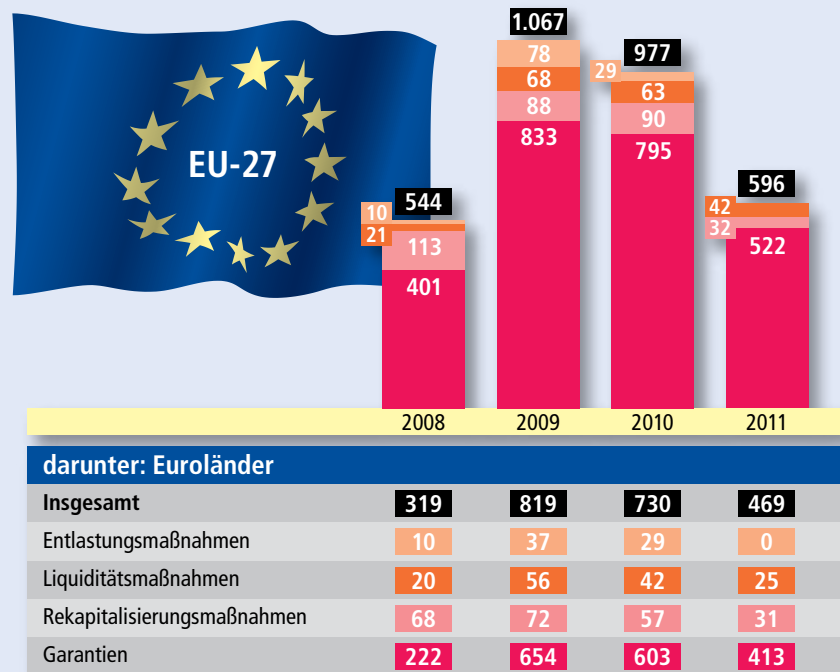
So viele Milliarden Euro haben die EU-Länder bzw. die Euroländer zur Stützung von Kreditinstituten ausgegeben oder bereitgestellt

Entlastungsmaßnahmen: Bereinigung der Bilanz einer Bank um sogenannte toxische Wertpapiere, indem wertgeminderte und risikobehaftete Finanzaktiva gegen sichere, vom nationalen Bankenrettungsfonds garantierte verzinsten Anleihen getauscht werden. Die toxischen Wertpapiere werden anschließend in einer „Bad Bank“ verwertet

Liquiditätsmaßnahmen: Gewährung von finanziellen Hilfen, um kurzfristige Zahlungsschwierigkeiten zu vermeiden

Rekapitalisierungsmaßnahmen: Erhöhung der Kapitalbasis einer Bank durch die Zuführung von Eigenkapital, zum Beispiel indem ein Staat Aktien und Gesellschaftsanteile der Bank kauft

Garantien: Absicherung von Kreditgeschäften, indem sich die Staaten verpflichten, für anfallende Verluste einzustehen



Quelle: Europäische Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 35

gestreut. Zum anderen besteht für die Gläubiger ein Anreiz, von den Banken höhere Zinsen zu verlangen, wenn diese riskante Geschäfte eingehen oder zu wenig Eigenkapital als Verlustpuffer vorhalten. Das wiederum hält die Kreditinstitute dazu an, besser auf ihr Risikoprofil zu achten.

Allerdings sind die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission inkonsequent – so sollen die nationalen Aufsichtsbehörden bestimmte Bankverbindlichkeiten von der Gläubigerbeteiligung ausnehmen können. Bei zu vielen Ausnahmen werden die Gläubiger jedoch kaum

noch auf einen Risikozuschlag bei den Zinsen pochen – und die Banken verhalten sich nicht risikobewusst genug. Zudem könnte im Ernstfall die Haftungsmasse der Gläubiger zu klein sein, um Verluste auszugleichen. Dann muss am Ende doch der Steuerzahler blechen.



IW-Analysen Nr. 90

Markus Demary, Thomas Schuster: Die Neuordnung der Finanzmärkte – Stand der Finanzmarktregulierung fünf Jahre nach der Lehman-Pleite, Köln 2013, 126 Seiten, 21,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Die Macht des Internets

eTown Award. Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) und Google haben zum zweiten Mal jene Städte in Deutschland ermittelt, deren Unternehmen das Internet besonders effizient und gewinnbringend für ihre Geschäfte nutzen.

Der sogenannte eTown-Index wird aus zwei Komponenten errechnet:

Business Model Monitor Digital (BM2D). Dieser Index misst, welche Rolle das Internet für die Unternehmen spielt. Dazu werden sie in vier Gruppen eingeteilt: Zur ersten Gruppe gehören all jene Unternehmen, für die das Internet absolut unwichtig ist. Im Jahr 2012 waren das 18 Prozent aller Unternehmen. In der vierten Gruppe findet sich das andere Extrem: Unternehmen, für die das Internet eine zentrale Rolle spielt und die ihre Geschäftsmodelle auf das Web ausgerichtet haben – zum Beispiel ein Onlineshop. Jedes

eTowns in Deutschland

Städte mit einer besonders stark internetbasierten Wirtschaftsstruktur gemessen am eTown-Index, der sich aus den beiden Bereichen Google AdWords und der Bedeutung des Internets für Unternehmen der jeweiligen Region zusammensetzt

Durchschnitt des jeweiligen PLZ-Gebiets = 100	Zuwachs an Unternehmen, die von November 2011 bis November 2012 bei Google AdWords geschaltet haben	Bedeutung des Internets für Unternehmen dieser Region	eTown-Index
0 Dresden	93	122	110
1 Brandenburg an der Havel	119	102	112
2 Kiel	103	117	111
3 Kassel	109	113	111
4 Osnabrück	122	115	118
5 Koblenz	105	110	108
6 Frankenthal in der Pfalz	125	99	112
7 Landau in der Pfalz	123	91	105
8 Ingolstadt	106	120	110
9 Erfurt	100	115	109

AdWords: Anzeigen neben den Suchergebnissen bei Google; die Bedeutung des Internets für die Unternehmen wird zum Beispiel gemessen an: Abhängigkeit des Absatzes vom Internet, Gewinn mit Internetangeboten und der Frage, ob die eigenen Kunden im Internet aktiv sind; Quellen: IW Consult, Google

iW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 35 - Foto: Edelweis, Scheffold 13 - Fotolia.com

sechste Unternehmen fällt in diese Kategorie. Alles in allem zeigt sich:

Jedes zweite Unternehmen in Deutschland ist heute auf das Internet angewiesen, nur noch knapp jede fünfte Firma hat keine eigene Website.

Die Befragung der IW Consult ergab außerdem, dass Unternehmen, die stark auf das Internet setzen, im Schnitt erfolgreicher sind als solche, die digital nicht so stark unterwegs sind: 59 Prozent der internetaffinen Unternehmen erwarten 2013 ein Umsatzplus; bei den Unternehmen, in denen das Internet keine wichtige Rolle spielt, sind es lediglich 40 Prozent. Nur knapp jedes Zehnte der erfolgreichen Unternehmen gab allerdings an, beim digitalen Wandel

von seiner Stadt unterstützt worden zu sein – obwohl sich 44 Prozent eine solche Hilfe wünschen.

AdWords. Wie aktiv Firmen den Vertriebsweg Internet nutzen, lässt sich über die AdWords feststellen – die Anzeigen neben den Suchergebnissen bei Google.

Mehr als 70 Prozent der befragten Unternehmen haben mit Google AdWords neue Kunden gewonnen, 28 Prozent neue Märkte erschlossen.

Vor allem in der Pfalz setzen die Firmen auf diese Werbemöglichkeit (Grafik). So ist Frankenthal im Postleitzahlengebiet 6 eine eTown und Landau im Postleitzahlengebiet 7.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de


Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/ Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Parteien stellen die Systemfrage

Wahlprogramme Sozialpolitik. Im September stimmen die Bundesbürger auch über den Kurs in den Sozialversicherungen ab. In der Gesundheitspolitik etwa stellen SPD, Grüne und Linke eine Bürgerversicherung zur Wahl. Das bedeutet zwar mehr Geld im System – mindert aber die Sparanreize. 

Krankenversicherung. Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke gehen offenbar davon aus, dass die bislang privat Versicherten in das gesetzliche System zwangsintegriert werden können. Ziel ist eine Einheits- oder – gefälliger formuliert – Bürgerversicherung. Die mit dem Systemwechsel verbundenen Probleme wären indes immens.

Die Altersrückstellungen der Privaten Krankenversicherung (PKV) gehören der Versichertengemeinschaft – für medizinische Leistungen und Pflege waren das 2011 zusammen mehr als 168 Milliarden Euro. Eine Zurechnung auf einzelne Mitglieder der PKV ist nicht möglich, die individuelle Auszahlung scheidet deshalb aus. Umgekehrt kann der

Kapitalstock aber auch nicht auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) übertragen werden. Das käme einer Enteignung gleich.

Deshalb schlägt die SPD vor, die Bürgerversicherung nur für alle Neuversicherten verpflichtend einzuführen. Den bislang privat Versicherten wird für ein Jahr ein Wechselrecht eingeräumt – in der Hoffnung, dass möglichst viele das nutzen. Geht das Kalkül auf, wäre die PKV rasch am Ende. Dass viele Versicherte das Wechselrecht in Anspruch nehmen, ist aber unwahrscheinlich. →

Gesetzliche Krankenversicherung: Ausgaben laufen aus dem Ruder

Jahr	Ausgaben je Versicherten	Beitragspflichtige Einkommen je Versicherten	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer
1991	100	100	100
1993	115	115	115
1995	130	125	120
1997	135	130	125
1999	145	135	130
2001	155	140	135
2003	150	145	140
2005	160	150	145
2007	170	155	150
2009	185	160	155
2011	196,5	159,5	147,6

Versicherte: Mitglieder und beitragsfrei versicherte Familienangehörige; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Sachverständigenrat Wirtschaft, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 35

Inhalt

Wahlprogramme Umwelt- und Verkehrspolitik. Der Klimaschutz eint nahezu alle Parteien: Bis 2050 wollen die Union, die Sozialdemokraten, die Liberalen und die Grünen den Kohlendioxid ausstoß um 95 Prozent verringern; den Schienenverkehr wollen alle Bundestagsparteien ausbauen.
Seite 4-5

Regulierung der Finanzmärkte. Die Neuordnung des Bankensystems durch die Bundesregierung und die EU-Kommission ist fünf Jahre nach der Lehman-Pleite in mancherlei Hinsicht immer noch nicht schlüssig.
Seite 6-7

M+E-Fachkräfte. Weil Frauen meist andere Studienschwerpunkte wählen als Männer, arbeiten weniger als 10 Prozent der insgesamt knapp 490.000 erwerbstätigen MINT-Akademikerinnen in der M+E-Industrie.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

Nur wenige MINTlerinnen

M+E-Fachkräfte. Keine Frage, Mädchen und Frauen interessieren sich heute weit mehr für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) als noch vor ein paar Jahrzehnten. Gleichwohl arbeiten in der M+E-Industrie nur relativ wenige MINT-Akademikerinnen.

In puncto Qualifikation haben die Frauen in den vergangenen Jahrzehnten gewaltig aufgeholt – das zeigt sich besonders deutlich in den Schulen: In Deutschland sind mittlerweile 53 Prozent der Gymnasialen Mädchen, die Abiturientinnenquote liegt sogar noch darüber.

Kein Wunder, dass sich auch an den Universitäten das Geschlechterverhältnis angleicht. Während 1990 erst knapp 39 Prozent aller Studenten in Westdeutschland weiblich waren, ist es bundesweit inzwischen fast die Hälfte. Bei den Studienanfängern ist das Verhältnis bereits ausgeglichen.

Adressaufkleber

M+E-Industrie: Potenzial für Akademikerinnen

Lesebeispiel: In Deutschland arbeiten insgesamt 32.200 Akademikerinnen mit einem Abschluss in Fertigungs- oder Produktionstechnik.

Allein die M+E-Industrie beschäftigt aber 183.400 Fachkräfte mit dieser Qualifikation.

MINT-Erwerbstätige mit Hauptfachrichtung

	in der M+E-Industrie erwerbstätige Männer und Frauen	in der Gesamt- wirtschaft erwerbs- tätige Frauen
Fertigungs- und Produktionstechnik, Maschinenbau, Physikalische Technik, Verfahrenstechnik	183.400	32.200
Elektrizität, Energie, Elektrotechnik	85.700	13.700
Ingenieurwesen allgemein	55.600	24.800
Elektronik und Automation, Telekommunikation	44.000	8.900
Informatik	41.500	44.500
Wirtschaftsingenieurwesen	34.900	20.000
Feinwerktechnik, Gesundheitstechnik, Metalltechnik	33.900	32.200
Verkehrstechnik	24.400	3.900
Physik, Astronomie	21.500	11.300
Sonstige, darunter Textil, Pharmazie, Biologie, Mathematik, Chemie, Architektur, Bau	56.100	297.000
MINT insgesamt	581.100	488.400

Erhebungsjahr: 2011; MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik
 Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 iw Medien - Iwd 35

Dabei interessieren sich immer mehr Frauen für Studiengänge aus dem MINT-Bereich. Schlossen 2005 gerade mal 19.900 Frauen ein Studium in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik ab, waren es 2011 bereits mehr als 32.300 – was sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt (Grafik):

Von den rund 2,4 Millionen erwerbstätigen MINT-Akademikern im Jahr 2011 waren 488.400 Frauen.

Rund 45.500 davon arbeiteten in der Metall- und Elektro-Industrie. Das sind vergleichsweise wenige, was vor allem auf die Studienpräferenzen zurückzuführen ist: Frauen schreiben sich bevorzugt in typisch weibliche MINT-Fächer ein, etwa in den Ingenieurstudiengang „Textil, Bekleidung, Schuhe, Leder“ oder in

Pharmazie oder Biologie – in all diesen Fächern beträgt der Frauenanteil an den erwerbstätigen Akademikern deutlich mehr als 50 Prozent.

Die für die M+E-Industrie relevanten MINT-Studienschwerpunkte finden bei den Frauen dagegen wenig Anklang: Nur 5,9 Prozent aller erwerbstätigen Akademiker mit einem Abschluss in Elektrotechnik sind weiblich. Auch die Fertigungs- und Produktionstechnik, der Maschinenbau und die Verfahrenstechnik sind fast reine Männerdomänen. Im Jahr 2011 erreichten die Frauen in den neun in der M+E-Industrie vorherrschenden MINT-Hauptfachrichtungen gerade einmal einen Erwerbstätigenanteil von 11,1 Prozent.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
(verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Vanessa Dahm,
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann,
Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.